

„Energy Talk zur Bundestagswahl 2025“

Die energiepolitischen Zielsetzungen der Parteien

Berlin, 15. Januar 2025 – Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 lädt das Forum für Zukunftsenergien Vertreter der zur Wahl stehenden Parteien ein, um mit ihnen und dem Auditorium die energie-, klima- und verkehrspolitischen Schwerpunkte des Wahlprogramms ihrer jeweiligen Partei zu diskutieren. Am 15. Januar 2025 waren die Bundestagsabgeordnete und ehemalige parlamentarische Staatssekretärin, Daniela Kluckert von der FDP sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Heiko Knopf, zu Gast beim Forum für Zukunftsenergien.

Den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, sei laut Daniela Kluckert eine der höchsten Prioritäten. Dabei müssen die Standortkosten gesenkt werden, was durch eine Verringerung der Energiekosten zu erreichen sei. Auch die Netzentgelte müssen sinken, diesbezüglich plane die FDP eine Reform. Diese beinhalte eine Flexibilisierung der Netze durch mehr Digitalisierung und die Steuerung der Nachfrage flexibler Abnehmer durch dynamische Netzentgelte. In Bezug auf nicht flexible Abnehmer sagte Kluckert, man solle zuerst die Maßnahmen ergreifen, die im Bereich des Möglichen lägen. Als Beispiel nannte sie die Stromsteuer, die auf das EU-Mindestmaß abzusenken sei. Gleichzeitig räumte sie ein, dass zwar eine Vielzahl an neuen Technologien benötigt würden, man aber nicht alles auf einmal finanzieren könne. Speziell der Wasserstoffinfrastrukturausbau sei mit hohen Kosten verbunden. Daher müsse der Staat zwar Anreize schaffen, jedoch die Privatwirtschaft die tatsächliche Finanzierung übernehmen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sei eine Nutzung aller verfügbarer Technologien erforderlich. Der jetzige Ausbau von Erneuerbaren Energien reiche dabei nicht aus, so Kluckert. Außerdem sei das Abschalten von Kohle- und Atomkraftwerken in Deutschland kein durchdachter Plan, da nun Kohle- und Atomstrom aus anderen Ländern importiert würde. Daher befürworte sie die heimische Versorgung mit Energieträgern, beispielsweise das Fracking-Verfahren. Die dafür notwendige Akzeptanz müsse durch Aufklärung vor Ort geschaffen werden. Dies sei Aufgabe der Politik.

Forschung sei, laut Kluckert, ein Thema, das in den letzten Jahren viel zu wenig beachtet worden sei und viel zu wenig finanzielle Unterstützung erhalten habe. Man müsse neue Technologien wie Kernfusion vorantreiben, Universitäten und Forschungszentren unterstützen und mehr Lehrstühle für spezifische Fachbereiche einrichten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung betonte Dr. Heiko Knopf in Bezug auf das energiepolitische Zieldreieck, man müsse die Versorgungssicherheit höher priorisieren als bisher, jedoch nicht zum Nachteil der Bezahlbarkeit und Klimaneutralität, da Deutschland sonst nicht zukunftsfähig wäre. Daher sei es nötig, auch auf Brückentechnologien zum Einsatz von Erdgas oder blauen Wasserstoff zu setzen. Am Atomausstieg hielt Knopf weiter fest. In Bezug auf Biomasse müsse man sich die

Rahmenbedingungen vor Ort anschauen. Der Wasserstoffhochlauf sei voranzutreiben – trotz der restriktiven Qualitätsanforderungen an grünen Wasserstoff. Der Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur sei nicht von diesem abhängig und getrennt zu betrachten, da man nicht darauf warten könne, ausreichend grünen Wasserstoff zur Verfügung zu haben. Dieser sei aber perspektivisch ausschließlich zu verwenden, betonte Knopf.

Um die Strompreise zu senken, stellte sich Knopf ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen vor, darunter einen kosteneffizienten Netzausbau, dezentrale Preissignale ohne eine Aufteilung der Gebotszonen sowie die Nutzung von Speichern aller Art. Zudem sollen Flexibilitätspotenziale der Stromabnehmer genutzt werden, um Angebot und Nachfrage von Strom möglichst dezentral optimal aufeinander abzustimmen.

Knopf stellte klar, dass mit dem deutschen Ziel zur Klimaneutralität 2045 kein sinnloser Sonderweg geplant sei, sondern eine ambitionierte Absteckung des Wegs. Auch wenn es schwer sei, sei das Ziel für Deutschland erreichbar. Man könne nach wie vor eine Vorreiterrolle einnehmen. Dafür sei auch der Einsatz von CCS und CCU erforderlich, zumindest bei schwer vermeidbaren Emissionen. Diese Einschränkung wolle man auch in Zukunft beibehalten, da in den meisten Fällen andere Möglichkeiten zur Emissionseinsparung einfacher und weniger kostenintensiv seien. Zudem müsse man immer zuerst alle Möglichkeiten der Vermeidung und der Nutzung von CO₂ prüfen.

Mit der finanziellen Unterstützung der Industrie einhergehend, sei die Etablierung grüner Leitmärkte unter anderem bei Stahl und Zement notwendig. Knopf sprach sich für eine Mindestquote grüner Produkte bei öffentlichen Aufträgen aus. Dies sei kein Hemmschuh bei der Durchführung, sondern würde der Industrie Sicherheit in ihrem Umstieg auf grüne Produkte geben. Damit dies nicht zusätzliche Kosten bei den Kommunen erzeuge, schlug Knopf vor, Prozesse und Verfahren auf kommunaler Ebene zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, um Steuergelder sinnvoller einsetzen zu können.

Die EU-Flottengrenzwerte als Einsparungsvorgabe im Verkehr seien eine Maßnahme, die beibehalten werden müsse, besonders mit dem Blick darauf, mögliche Strafzahlungen als Investitionen in klimaneutralen Verkehr verwenden zu können. In Bezug auf die Anrechnung von e-Fuels und alternativen Kraftstoffen, müsse man sich vorher fragen, wie rentabel diese für das Privatfahrzeug sei und ob sich der Einsatz alternativer Kraftstoffe unter den aktuellen Bedingungen der Erzeugung tatsächlich lohne, so Knopf.

Wir danken der Robert Bosch GmbH für die Gastfreundschaft!

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Sie wollen Teil der energiepolitischen Debatte werden?

Dann werden Sie Mitglied im Forum für Zukunftsenergien e. V.

<https://zukunftsenergien.de/ueber-uns#c17>

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
X (Twitter) [@FfZeV](#)
LinkedIn [@FfZeV](#)

